



Solidarität jetzt:
3.000 Abos
für die
Pressefreiheit!
jungewelt.de/abo

■ Siehe Seite 16

Augen geöffnet

Berliner Studierende der Alice-Salomon-Hochschule wagen das Abenteuer und besuchen Kuba

3

Blind gefolgt

Gerichte billigen Standpunkt des Bundesinnenministeriums bei Razzien gegen Compact

4

Würdig verabschiedet

Internationale Gäste bei Staatsbegräbnis für KP-Chef Trong in Vietnam

7

Hoch gestapelt

Ein Blick hinter die Fassade von Trumps »Running Mate« J. D. Vance. Von Ingar Solty

12



Harris bewährt sich

Nahostkonflikt: Netanjahu beendet US-Reise. Vizepräsidentin schwingt Reden und verurteilt Demonstranten. Aufrufe zu Waffenstillstand. Von Jakob Reimann

Handschlag mit Kriegsverbrecher: Scharfe Worte fand US-Vizepräsidentin Harris vor allem gegen Demonstranten (Washington, 25.7.2024)

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist weiter auf US-Tournee. Nach seiner Rede vor beiden Kammern des US-Kongresses und einem Treffen mit US-Präsident Joseph Biden traf sich Netanjahu auch zu Gesprächen mit dem Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, Donald Trump, sowie mit dessen voraussichtlicher Kontrahentin der Demokraten, Kamala Harris. Das Treffen mit Trump am Freitag war laut AP das erste Treffen der beiden rechten Politiker nach fast vier Jahren. Damals hatte Netanjahu nach der US-Präsidentschaftswahl 2020 Biden als einer der ersten Staatsoberhäupter zum Sieg gratuliert, was ihm Trumps Groll einbrachte: »Er hat einen schrecklichen Fehler gemacht«, so der Wahlverlierer damals. Das Treffen in Trumps Luxus-Anwesen Mar-a-Lago in Florida sollte nun eine Versöhnung einleiten.

Nach ihrem Treffen mit Netanjahu

am Donnerstagabend erzählte US-Vizepräsidentin Harris Reportern, wie sie als kleines Kind Geld gesammelt habe, um in Israel Bäume zu pflanzen, und dass sie ein »unerschütterliches Engagement« für das Land habe. »Israel hat das Recht, sich zu verteidigen«, wiederholte Harris auch nach mehr als neun Monaten eines laut Internationalem Gerichtshof »plausiblen« Genozids in Gaza diese oft gehörte Floskel. Seit Kriegsbeginn am 7. Oktober 2023 waren durchaus auch Worte des Mitgeföhls für das Leid der Palästinenser von Harris zu vernehmen, und insbesondere der progressive Flügel der Demokraten hofft unter ihrer Präsidentschaft auf eine Abkehr der bedingungslosen Unterstützung Israels durch die USA. Doch beim Thema Israel »bestehen inhaltlich kaum Unterschiede zwischen ihr und dem Präsidenten«, resümierte CNN, auch wenn sie erklärte: »Es ist Zeit, diesen Krieg zu beenden.«

Am Mittwoch war Harris der Rede Netanjahus im Capitol ferngeblieben, was sie aber nicht davon abhielt, sich zu den Protesten gegen den Besuch des israelischen Regierungschefs zu äußern. Doch anstatt etwa die Polizeigewalt zu verurteilen, feuerte sie Salven in Richtung der Demonstranten. Bei ihnen habe sie »verabscheuungswürdige Handlungen« und »gefährliche, von Hass geschürte Rhetorik« ausgemacht, heißt es in einem am Tag darauf vom Weißen Haus veröffentlichten Statement. Da mehrere US-Flaggen in Brand gesetzt wurden, bezeichnete sie die Protestierenden als »unpatriotisch«, denn dieses »Symbol für unsere höchsten Ideale als Nation« dürfe »niemals auf diese Weise entweiht werden.«

Unterdessen forderten die Premierminister Australiens, Kanadas und Neuseelands am Freitag in einer gemeinsamen Erklärung eine »umfassende Waffenstillstandsvereinbarung« für Gaza,

da das menschliche Leid dort »inakzeptabel« sei. »Die palästinensische Zivilbevölkerung darf nicht den Preis für den Sieg über die Hamas zahlen müssen«, heißt es weiter. In einem offenen Brief an Biden und Harris forderten auch 45 Ärzte und Pflegekräfte aus den USA, die in den vergangenen Monaten als Freiwillige in Krankenhäusern in Gaza gearbeitet hatten, sich für ein Ende des Krieges einzusetzen. »Wir können die Szenen unerträglicher Grausamkeit gegenüber Frauen und Kindern, die wir selbst miterlebt haben, nicht vergessen«, heißt es in dem Brief. »Wir wünschten, Sie könnten die Rufe und Schreie hören, die unser Gewissen uns nicht vergessen lässt«, so der Appell an den wichtigsten Kriegverbündeten Israels. »Wir können nicht glauben, dass jemand, nachdem er gesehen hat, was wir gesehen haben, weiterhin das Land bewaffnet, das diese Kinder vorsätzlich tötet.« ■ Siehe Kommentar Seite 8

Frankreich: Brandanschläge vor Olympischen Spielen



Paris. Wenige Stunden vor dem Beginn der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris haben Brandanschläge auf technische Anlagen weite Teile des französischen Bahnverkehrs lahmgelegt. Nach Angaben der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF waren etwa 800.000 Fahrgäste betroffen, viele Bahnverbindungen mussten gestrichen werden. Die »Situation dürfte mindestens das ganze Wochenende anhalten, während die Reparaturen durchgeführt werden«. Premierminister Gabriel Attal sprach von »koordinierten und vorbereiteten Sabotageakten« und versicherte, Geheimdienste und Sicherheitskräfte seien mobilisiert, »um die Täter dieser kriminellen Taten zu finden und zu bestrafen«. Rund 35.000 Polizisten sowie 18.000 Soldaten werden bei den Spielen im Schnitt jeden Tag im Einsatz sein. (AFP/jw)

Kiew: Erste Zinserträge aus russischen Vermögen

Brüssel. Die EU beginnt mit der Nutzung von Zinserträgen aus eingefrorenem russischen Staatsvermögen für Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gab am Freitag eine erste Überweisung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bekannt. Moskau kündigte an, das Vorgehen nicht hinnehmen zu wollen. »Natürlich werden solche Schritte der Europäischen Kommission nicht ohne Antwort bleiben«, sagte Präsidentschaftssprecher Dmitri Peskow. Russland werde seine nächsten Schritte überdenken. Das Grundgerüst für den Kredit der G7 über 50 Milliarden US-Dollar an die Ukraine soll nach Angaben von EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni bis Oktober stehen. Die Finanzminister der sieben mächtigsten imperialistischen Staaten hätten daran am Mittwoch gearbeitet, sagte Gentiloni am Donnerstag in Rio de Janeiro. Für den Kredit sollen ebenfalls eingefrorene russische Vermögen verwendet werden. (dpa/Reuters/jw)

ZF Friedrichshafen kürzt noch mehr

Automobilzulieferer will Lohnkosten drücken und streicht bis 2028 bis zu 14.000 Stellen

Der Autozulieferer ZF Friedrichshafen hat sein Jobabbauprogramm noch einmal nach oben korrigiert. Bis Ende 2028 will der Konzern bis zu 14.000 Stellen in Deutschland streichen. Zu Beginn des Jahres hatte der Vorstand dem Betriebsrat noch Panikmache vorgeworfen, als dieser über die ZF-Pläne informierte, bis 2030 12.000 Arbeitsplätze zu streichen. Seit Freitag ist klar, es sind 2.000 mehr und das zwei Jahre früher.

Den Angaben zufolge will ZF bei dem Rückbau nach Möglichkeit auf Altersteilzeitangebote und die

Nichtneubesetzung von Stellen setzen. »Auch Abfindungsprogramme sind denkbar«, erklärte das Unternehmen. Mehr Prozesse sollen automatisiert und digitalisiert werden. Die Schließung einzelner Standorte werde nicht ausgeschlossen. ZF-Chef Holger Klein erklärte, er wolle das Unternehmen »nachhaltig wettbewerbsfähig« aufstellen. Aktuell sei der Kostendruck im Bereich der Pkw-Antriebe global sehr hoch, die Nachfrage nach »rein elektrischen Fahrzeugen« schwach und der E-Auto-Bereich noch »wenig margenstark«.

Die Pläne setzten einseitig nur darauf, die Lohnkosten zu drücken, erklärte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von ZF Friedrichshafen, Achim Dietrich. Damit würden die Ursachen der Krise nicht bekämpft, sondern es würde nur vom Versagen der Manager abgelenkt. »Der ZF-Vorstand hat sich gegen die Zukunft von Standorten und Tausenden von Mitarbeitern in Deutschland entschieden und wird dafür erbitterten Widerstand erhalten«, so Dietrich. Die Erste Bevollmächtigte der IG Metall am Bodensee und Konzernbeauftragte der IG Metall, Helene

Sommer, forderte das Unternehmen auf, in neue Technologien zu investieren, um wettbewerbsfähiger zu werden.

ZF Friedrichshafen war insbesondere durch den Erwerb des Autozulieferers TRW und des Bremsenspezialisten Wabco in die Miesen geraten. Im Februar hieß es, die Kosten sollen weltweit um etwa sechs Milliarden Euro gesenkt werden. Damit wolle sich der Konzern eine bessere Position verschaffen, um den weiteren Wandel zur E-Mobilität ab 2026 anzugehen, hieß es. Im Frühjahr hatte ZF dann ein Kürzungsprogramm aufgelegt. **Susanne Knütter**

jw wird herausgegeben von
2.869 Genossinnen und
Genossen (Stand 26.7.2024)
www.jungewelt.de/lpg

